



AfD-Fraktion

im Rat der
Stadt Leverkusen

Postfach 220186
51322 Leverkusen
info@afdfraktion-lev.de

Herrn
Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

Leverkusen, den 4.8.21

Nach der Katastrophe: Ertüchtigung des städtischen Hochwasserschutzes!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die AfD-Fraktion bittet zur nächsten Ratssitzung folgenden Antrag auf die Tagesordnung zu setzen:

Beschluss:

Der Krisenstab der Stadt Leverkusen führt in Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen Fachbereichen eine Risikoanalyse wichtiger Infrastruktureinrichtungen (z.B. Krankenhäuser, technische Einrichtungen der Ver- und Entsorgung) durch. Ziel ist die permanente Aufrechterhaltung versorgungsrelevanter städtischer Infrastruktur bei jeglichen wetterbedingten Beeinträchtigungen. Bis Ende des Jahres legt die Verwaltung einen Risikobericht mit Maßnahmenkatalog sowie einen Kostenvoranschlag für das nächste Haushaltsjahr vor.

Der Hochwasserschutz in Leverkusen inkl. aller Frühwarnsysteme und bereits geplanter Maßnahmen, wie z.B. der Wiembachgewässerausbau, der Hochwasserschutz für den Oulu See und Mutzbach sowie eine Hochwasserschutzplanung für den Schlebuscher Dhünnbereich, werden vollumfänglich auf den Prüfstand gestellt.

Dies betrifft vor allem Instandhaltung und Ausbesserung städtischer Kanäle und Rückhaltebecken sowie schützender Befestigungen vor Hochwasser. Bis Ende des Jahres legt die Verwaltung unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Arbeitshilfe kommunales Starkregenrisikomanagement NRW einen Maßnahmenkatalog sowie einen Kostenvoranschlag für das nächste Haushaltsjahr vor.

Die Stadt prüft in Zusammenarbeit mit der TBL eine bürgernahe Information und einen bürgernahen Zugriff auf die Starkregengefahrenkarte der Stadtgebiete. Ein solches Online-Tool dient der Aufklärung von Bürgern über besonders gefährdete Bereiche in Bezug auf maximale Wasserstände bei Starkregen. Die Warneinrichtungen werden überprüft, ertüchtigt und getestet.

Ein verbindlicher Katalog zur Auslösung der einzelnen Warnstufen wird erstellt, in dem auch der Sendebereich von Radio Leverkusen mit integriert werden kann. Eine Handreichung zur Information der Bevölkerung über die Warnstufen und persönlichen Handlungsoptionen wird zeitnah erstellt und öffentlich bekannt gemacht.

Für den städtischen Fuhrpark setzt die Stadt Leverkusen unverändert auf Verbrennungsmotoren als Antrieb, insbesondere bei Feuerwehr, Rettungsfahrzeugen und Abfallwirtschaftsbetrieb. Beschlüsse, mittelfristig auf batteriebetriebene Antriebe umzusteigen, werden aufgehoben, da Elektrofahrzeuge in den Flutmassen untauglich gewesen wären. Ausrüstungsmängel bei der Feuerwehr werden behoben.

Bodenversiegelung und Flächenverbrauch durch den Bau von Verkehrsflächen, Parkplätzen, Industrie- und Gewerbegebieten, Wohnungsneubauten etc. werden auf ein Minimum reduziert und in gefährdeten Lagen gar nicht mehr genehmigt; Retentionsflächen entsprechend bewahrt und erweitert. Die Stadt Leverkusen prüft die systematische Entsiegelung von Kfz-Abstellflächen im Stadtgebiet. Als Beispiel für versickerungsfähige Oberflächenbefestigung dienen etwa Pflastersteine mit aufgeweiteten Fugen.

Die Stadt prüft eine Begrünungsoffensive im Bereich städtischer Parkplätze und Gewerbegebiete mit heimischen Baum- und Straucharten. Bis Ende des Jahres legt die Verwaltung einen Bericht über Potenziale der Nachbegrünung solcher Flächen und Gebiete sowie einen Kostenvoranschlag für das nächste Haushaltsjahr vor.

Begründung:

Laut Landesregierung sind 25 Städte und Kreise in Nordrhein-Westfalen von teils enormen Hochwasserschäden betroffen. Bundesweit über 200 Tote, zerstörte Häuser und Straßen, tausendfache Stromausfälle sind die erschütternde Bilanz. Nach der Flutkatastrophe bekräftigen Politiker aller Couleure auf allen Ebenen bis zum Bundespräsidenten die Notwendigkeit zu weiter verstärkten „Klimaschutzmaßnahmen“. Obwohl keine dieser Maßnahmen konkret Menschen und Güter geschützt hätte. Diese Flutkatastrophe ist ausschließlich dem vernachlässigtem Hochwasserschutz und dem partiellen Versagen von zuständigen Behörden und den verantwortlichen Politikern zuzuschreiben.

Meteorologen des Deutschen Wetterdienstes (DWD) widersprechen monokausalen Schlussfolgerungen, wonach die Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen Folge des Klimawandels sei.[1] Experten haben früh genug vor Rekordunwettern gewarnt.[2] Auch in Leverkusen müssen Versäumnisse im Frühwarnsystem aufgearbeitet werden.

Für die AfD-Fraktion ist klar: Statt ideologischer Symbolpolitik (Stichwörter: Fahrradstraßen und E-Lastenrädern) und globalem Weltrettungseifer benötigt es pragmatische, lokale Maßnahmen zur Anpassung von Wetterereignissen. Ziel ist nicht das globale Aufhalten von natürlichem Klimawandel durch fragwürdige ‚Klimaneutralität‘, sondern effiziente Anpassung an sich verändernde Bedingungen.

Nicht weltweite Ziele zur Senkung von Durchschnittstemperaturen, sondern Prävention, Schutz und Ausbesserung von Infrastruktur und Mikroklima sind gefragt. Dabei ist nicht nur der vernachlässigte Hochwasserschutz zu betrachten, sondern auch Wetterereignisse wie die Trockenheit der letzten Jahre zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Yannick Noe'. The signature is fluid and cursive, with the first name 'Yannick' written in a larger, more prominent script than the last name 'Noe'.

Yannick Noe
Fraktionsvorsitzender

[1] Vgl. u.a.

<https://www.rnd.de/wissen/dwd-vom-unwetter-nicht-ueberrascht-tonadobeauftragter-andreas-friedrich-im-rnd-interview-LEFEVHSZ45GSHN7FHKNEXLWEKE.html>.

[2] Vgl. u.a.

<https://www.wiwo.de/politik/deutschland/acht-jahre-altes-krisenszenario-der-staat-kannte-das-risiko-einer-hochwasserkatastrophe/2742996.html>